



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 27.06.2020

Niederschrift

über die **57. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 26.05.2020, 16:04 Uhr bis 18:02 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Andreas Wolter GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Andreas Pöttgen SPD

Herr Stefan Götz CDU

Herr Dirk Michel CDU

Frau Birgitta Nesseler-Komp CDU

Frau Monika Roß-Belkner CDU

Herr Lino Hammer GRÜNE

Herr Hans-Peter Vietzke auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Michael Weisenstein DIE LINKE

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ulrich Breite FDP (für RM Sterck)

Frau Erika Oedingen SPD (für RM Noack)

Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes SPD (für RM Kron; bis 17.45 Uhr)

Beratende Mitglieder

Herr Abdullah Aydik DEIN KÖLN (von 16.10 Uhr - 17.00 Uhr)

Frau Bezirksbürgermeisterin Helga Blömer-Frerker CDU (bis 17.40 Uhr)

Herr Philipp Busch AfD

Herr Eric Haeming auf Vorschlag der CDU

Herr Dr. Martin Herrndorf auf Vorschlag Bündnis 90/ Die Grünen

Herr Wolfgang Kissenbeck auf Vorschlag der SPD

Frau Ursula Schlömer GRÜNE

Herr Klaus Uckrow auf Vorschlag der FDP

Frau Gunda Wienke

auf Vorschlag von DIE LINKE

Verwaltung

Frau Beigeordnete Andrea Blome

Dezernat für Mobilität und Liegenschaften

Herr Klaus Harzendorf

Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung

Herr Rainer Heinz

Büro der Oberbürgermeisterin

Frau Claudia Mohr

Dezernat für Mobilität und Liegenschaften

Herr Jürgen Möllers

Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung

Frau Cornelia Müller

Bauverwaltungsamt

Frau Sonja Rode

Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau

Frau Dipl.-Ing. Olga Töpfer

Amt für Verkehrsmanagement

Schritfführerin

Frau Angela Krause

Dezernat für Mobilität und Liegenschaften

Gäste

Frau Stefanie Haaks

KVB AG

Herr Gunther Höhn

KVB AG

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ralph Sterck

FDP

Herr Peter Kron

SPD

Herr Horst Noack

SPD

Herr Jochen Ott

SPD

Beratende Mitglieder

Herr Hans Anton Meurers

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Ausschussvorsitzender Wolter eröffnet die 57. Sitzung des Verkehrsausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass diese wie folgt ergänzt werden soll:

- 1.1 Antrag der Fraktion Die Linke. vom 14.05.2020 betr.
Zweite Pandemiewelle verhindern – "Abstand halten" ermöglichen!
AN/0614/2020

- 4.7 Fahrplanwechsel 2020 - Angebotsausweitungen im Stadtbahn- und Busnetz
0479/2020
I. Durchgang

- 4.8 Fahrplanwechsel 2020 - Taktverdichtungen an Samstagen im Stadtbahn- und Busnetz
0705/2020
I. Durchgang

- 4.9 Aufbau eines On-Demand-Angebots im Rahmen eines Pilotprojekts als Ergänzung zum bestehenden ÖPNV-Angebot
1089/2020
I. Durchgang

- 4.10 Fortschreibung Förderkonzept „Lastenräder für Köln“ - Förderaufuf
2020/2021
1214/2020
Tischvorlage

- 5.2.1 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.05.2020 betr.
Top 7.2.2 – NR 1081/2020 Änderungen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG)
AN/0623/2020

Beantwortung der Verwaltung
1562/2020

Tischvorlage

- 5.2.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 20.05.2020 betr.
Verkehrschaos und Asbestängste - warum ist von der Oberbürgermeisterin
und der Verwaltung nichts zur Leverkusener Brücke zu hören?
AN/0647/2020

Beantwortung der Verwaltung

1533/2020

Tischvorlage

- 6.2 Fortführung der Lastenförderung 2020
hier: Beantwortung einer Anfrage der Ratsgruppe GUT vom 28.04.2020, TOP
5.2.2
1410/2020

- 6.3 Photovoltaikanlagen auf P+R-Parkanlagen
hier: Anfrage der FDP-Fraktion in der Sitzung des Verkehrsausschusses am
28.04.2020, TOP 5.2.1
1333/2020

- 7.2.5 Gesamtinstandsetzung Mülheimer Brücke
1406/2020

- 7.2.6 Verkehrsführungskonzept Altstadt;
hier: Sachstand zum Beschluss des Verkehrsausschusses vom 26.03.2019,
TOP 3.2
1360/2020

- 7.2.7 Umgestaltung lrh. Uferpromenade von Deutzer Brücke bis Malakoffturm
hier: Verbreiterung Radweg Am Leystapel, Ratsbeschluss vom 09.07.2019,
TOP 10.6
0518/2020

- 7.2.8 ÖPNV Roadmap - aktueller Sachstand
0808/2020

Tischvorlage

- 7.2.9 Veränderte Prioritäten im Klimaschutz
0875/2020

Tischvorlage

- 7.2.10 Einsatz von Bodycams bei der KVB
1558/2020

Tischvorlage

Der Ausschuss ist hiermit einverstanden und beschließt demnach folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

Mündlicher Bericht der KVB AG zu den Maßnahmen und Auswirkungen während der Corona-Pandemie

1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 1.1 Antrag der Fraktion Die Linke. vom 14.05.2020 betr.
Zweite Pandemiewelle verhindern – "Abstand halten" ermöglichen!
AN/0614/2020

Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 26.05.2020
AN/0670/2020

2 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

3 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

- 3.1 Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss für den Abbruch und den Ersatzneubau der Brücke Escher See in Köln-Esch
1782/2019
- 3.2 Neubau einer Fuß- und Radwegbrücke über die Weinsbergstraße in Köln-Ehrenfeld
Baubeschluss
0390/2020
- 3.3 Planungsbeschluss für eine dauerhafte Fuß- und Radwegerampe an der linksrheinischen nördlichen Seite der Hohenzollernbrücke am Rheinufer
0942/2020
- 3.4 64. Anordnung der Kostenspaltung
3632/2019
- 3.5 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Abwicklung des Touristenbusverkehrs in der Adventszeit
1247/2020

4 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

- 4.1 Bau eines zusätzlichen Busbetriebshofs Köln Ost der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) in Porz
3956/2019
- 4.2 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss für den Ersatzneubau der Brücke Am Tannenhof, Stadtbahnhaltestelle Michaelshoven in Köln-Rodenkirchen
0423/2020
- 4.3 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Erweiterung des Verkehrsmanagementsystems und Einrichtung von 80 Dauerzählstellen zur Erfassung von Verkehrsmengen sowie Beschluss zur Bereitstellung einer außerplanmäßigen investiven Auszahlungsermächtigung, hier: Finanzstelle 6400-1201-0-0011
0845/2020
- 4.4 Erweiterter Planungsbeschluss für den Abriss und Ersatzneubau der Fuß- und Radwegbrücke Escher Str.
0451/2020
- 4.5 Regionalplanüberarbeitung, Modul III– Empfehlungen zur Darstellung neuer Siedlungsbereiche (ASB und GIB) als Optionen zur Weiterentwicklung der wachsenden Stadt
2887/2019
- Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion vom 11.05.2020
AN/0594/2020
- 4.6 Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung
1056/2020
- 4.7 Fahrplanwechsel 2020 - Angebotsausweitungen im Stadtbahn- und Busnetz
0479/2020
- 4.8 Fahrplanwechsel 2020 - Taktverdichtungen an Samstagen im Stadtbahn- und Busnetz
0705/2020
- 4.9 Aufbau eines On-Demand-Angebots im Rahmen eines Pilotprojekts als Ergänzung zum bestehenden ÖPNV-Angebot
1089/2020
- 4.10 Fortschreibung Förderkonzept „Lastenräder für Köln“ - Förderaufruf
2020/2021
1214/2020

5 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Offene Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.05.2020 betr.
Top 7.2.2 – NR 1081/2020 Änderungen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG)
AN/0623/2020

Beantwortung der Verwaltung
1562/2020

5.2.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 20.05.2020 betr.
Verkehrschaos und Asbestängste - warum ist von der Oberbürgermeisterin und der Verwaltung nichts zur Leverkusener Brücke zu hören?
AN/0647/2020

Beantwortung der Verwaltung
1533/2020

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 Busspur Innere Kanalstraße
Hier: Anfrage der Ratsgruppe GUT (AN/0075/2020) aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 21.01.2020, TOP 5.2.2
0623/2020

6.2 Fortführung der Lastenförderung 2020
hier: Beantwortung einer Anfrage der Ratsgruppe GUT vom 28.04.2020, TOP 5.2.2
1410/2020

6.3 Photovoltaikanlagen auf P+R-Parkanlagen
hier: Anfrage der FDP-Fraktion in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 28.04.2020, TOP 5.2.1
1333/2020

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Unterrichtung des Rates und des Fachausschusses über Kostenerhöhungen nach § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO

7.1.1 Mehrkosten für die Generalsanierung des Tunnels Grenzstraße/Kalk
0358/2020

- 7.2 Sonstige Mitteilungen
 - 7.2.1 Information zum Sachstand Lastenradförderung 2019
1202/2020
 - 7.2.2 Änderungen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG)
1081/2020
 - 7.2.3 Klimaneutrales Köln - Entwicklung einer Strategie mit Zielsetzung und Maßnahmen; Bildung Klimarat und Projektgruppen
1291/2020
 - 7.2.4 Mögliche Pläne zum Abriss oder zur Umgestaltung der Rodenkirchener Brücke
hier: Beantwortung einer Anfrage aus der Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen am 23.03.2020, TOP 7.2.3
1261/2020
 - 7.2.5 Gesamtinstandsetzung Mülheimer Brücke
1406/2020
 - 7.2.6 Verkehrsführungskonzept Altstadt;
hier: Sachstand zum Beschluss des Verkehrsausschusses vom 26.03.2019,
TOP 3.2
1360/2020
 - 7.2.7 Umgestaltung lrh. Uferpromenade von Deutzer Brücke bis Malakoffturm
hier: Verbreiterung Radweg Am Leystapel, Ratsbeschluss vom 09.07.2019,
TOP 10.6
0518/2020
 - 7.2.8 ÖPNV Roadmap - aktueller Sachstand
0808/2020
 - 7.2.9 Veränderte Prioritäten im Klimaschutz
0875/2020
 - 7.2.10 Einsatz von Bodycams bei der KVB
1558/2020

8 Mündliche Anfragen

- 8.1 Parkplätze für Lastenräder
Mündliche Anfrage des SE Kissenbeck
- 8.2 Verkehrsmaßnahmen während der Corona-Pandemie
Mündliche Anfrage des SE Dr. Herrndorf
- 8.3 Tödlicher Unfall am Friesenplatz
Mündliche Anfrage der SE Wienke

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 16 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

B Mündlicher Bericht der KVB AG zu den Maßnahmen und Auswirkungen während der Corona-Pandemie

Frau Haaks, Vorstandsvorsitzende der KVB AG, informiert den Ausschuss ausführlich über die Schwierigkeiten und den Umgang mit der Krisensituation und beantwortet im Anschluss einige Detailfragen aus den Reihen der Ausschussmitglieder.

Vorsitzender Wolter bedankt sich für diese Ausführungen.

1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Antrag der Fraktion Die Linke. vom 14.05.2020 betr. Zweite Pandemiewelle verhindern – "Abstand halten" ermöglichen! AN/0614/2020

Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.05.2020 AN/0670/2020

RM Weisenstein begründet für die Fraktion Die Linke. den eingereichten Antrag, wenngleich er sich auch dem Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen anschließen könne.

Anschließend nehmen die RM Michel und Hammer Stellung zu diesem Antrag.

RM Pöttgen wirft die Frage auf, ob die Verwaltung überhaupt Hilfe und Unterstützung in Form von politischen Beschlüssen benötige; aus seiner Sicht sei dies nicht erforderlich, da nach seiner Beobachtung die Verwaltung bereits tatkräftig während dieser Pandemie-Phase unterwegs sei.

Auch RM Breite bezweifelt die Notwendigkeit eines derartigen Beschlusses. Ein Großteil der Kölner Bevölkerung habe zudem gelernt, Abstand zu wahren und vernünftig in der Schlange zu stehen. Der Antrag der Fraktion Die Linke. gehe der FDP-Fraktion zu weit und schüre die Ängste noch mehr anstatt Mut zu machen.

Nach einem kurzen Austausch stellt Ausschussvorsitzender Wolter die Anträge zur Abstimmung; die Abstimmung zum Ersetzungsantrag AN/0670/2020 erfolgt auf Antrag der FDP-Fraktion punktweise.

1. Beschluss (Antrag der Fraktion Die Linke.):

In Straßen mit hohem Aufkommen an Fußverkehr wird mehr Platz für den Fußverkehr geschaffen.

Ziel ist, einen Begegnungsverkehr (auch im Rollstuhl) mit einem Mindestabstand von 1,50 Metern zu ermöglichen. Je höher das Aufkommen an Fußverkehr, desto mehr Raum ist für das Passieren im Mindestabstand notwendig.

Dazu werden – angepasst an die lokalen Gegebenheiten – die folgenden Maßnahmen eingesetzt:

1. An Fußwege angrenzende Parkplätze werden für den Autoverkehr gesperrt und (sofern auf gleicher Höhe) dem Fußweg zugeschlagen bzw. (bei hochbordigem Fußweg) als Ausweichfläche genutzt.
2. Radwege auf dem Bürgersteig werden als Radfahrstreifen auf die Straße verlegt.
3. Fußwege werden von Aufstellern, E-Rollern und anderen Hindernissen freigehalten. Zum Abstellen von Fahrrädern, Lastenrädern, E-Rollern werden geeignete Parkflächen umgenutzt.
4. Gastronomie auf dem Bürgersteig ist nur möglich, wenn dem passierenden Fußverkehr eine Einhaltung der Abstandsregeln möglich bleibt.
5. Um Warteschlangen vor Geschäften so zu organisieren, dass der passierende Fußverkehr nicht gestört wird und Abstand gehalten werden kann, werden Wartebereiche markiert. Hierbei arbeiten Stadtverwaltung und Geschäftsbetreiber zusammen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die Fraktion Die Linke.

2. Beschluss (Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):

Der Beschlusstext des o.g. Antrages wird wie folgt ersetzt:

In Geschäftsstraßen mit hohem Anteil an Fußgänger*innen und/oder Außengastronomie sollen zwecks Einhaltung der Hygiene-Abstandsregelungen die vorhandenen Flächen sinnvoll neu aufgeteilt werden. Ziel ist die Sicherheit vor Ansteckung und die Belebung der Gastronomiebetriebe, die in Zeiten der Corona-Pandemie, wie andere Gewerbe auch, hohe Einbußen zu verzeichnen haben.

Die Verwaltung wird beauftragt,

- a) die bereits vorhandenen Konzepte und Beschlüsse, z.B. des Wirtschaftsausschusses (AN/0566/2020) und der Bezirksvertretungen (Beispiel Ehrenstraße), die eine Neuaufteilung der Flächen zur Stärkung der Außengastronomie und mehr Aufenthaltsqualität vorsehen, schnellstmöglich um zu setzen.
- b) da wo es möglich ist, angrenzende Stellflächen für Fußgänger*innen freizugeben und so den Raum zu vergrößern, um Abstandsflächen entsprechend den Hygiene-Regelungen zu ermöglichen.
- c) Hindernisse auf dem Bürgersteig, wie z.B. Aufsteller/Kundenstopper oder Elektro-Roller, sind zu entfernen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die SPD-Fraktion

- d) Abstellflächen für Fahrräder, Lastenfahräder und Elektro-Roller sind entsprechend dem Bedarf vor Ort großzügig einzurichten.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion

3. Beschluss (Gesamtabstimmung):

Der Beschlusstext des o.g. Antrages wird wie folgt ersetzt:

In Geschäftsstraßen mit hohem Anteil an Fußgänger*innen und/oder Außengastronomie sollen zwecks Einhaltung der Hygiene-Abstandsregelungen die vorhandenen Flächen sinnvoll neu aufgeteilt werden. Ziel ist die Sicherheit vor Ansteckung und die Belebung der Gastronomiebetriebe, die in Zeiten der Corona-Pandemie, wie andere Gewerbe auch, hohe Einbußen zu verzeichnen haben.

Die Verwaltung wird beauftragt,

- a) die bereits vorhandenen Konzepte und Beschlüsse, z.B. des Wirtschaftsausschusses (AN/0566/2020) und der Bezirksvertretungen (Beispiel Ehrenstraße), die eine Neuaufteilung der Flächen zur Stärkung der Außengastronomie und mehr Aufenthaltsqualität vorsehen, schnellstmöglich um zu setzen.
- b) da wo es möglich ist, angrenzende Stellflächen für Fußgänger*innen freizugeben und so den Raum zu vergrößern, um Abstandsflächen entsprechend den Hygiene-Regelungen zu ermöglichen.
- c) Hindernisse auf dem Bürgersteig, wie z.B. Aufsteller/Kundenstopper oder Elektro-Roller, sind zu entfernen.
- d) Abstellflächen für Fahrräder, Lastenfahrräder und Elektro-Roller sind entsprechend dem Bedarf vor Ort großzügig einzurichten.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die SPD-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion

2 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

3 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

3.1 Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss für den Abbruch und den Ersatzneubau der Brücke Escher See in Köln-Esch 1782/2019

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf fest, die Planung, den Abbruch und den Neubau der Geh- und Radwegbrücke Escher See in Köln-Esch durchzuführen, und beauftragt die Verwaltung die Maßnahme mit einem Totalunternehmer bis zur Fertigstellung des Ersatzneubaus umzusetzen.
2. Der Verkehrsausschuss erkennt den prognostizierten Kostenorientierungswert in Höhe von rund 660.000 € brutto (Planungs- und Baukosten) an. Eine erneute Grenienvorlage ist nicht erforderlich.

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

3. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplans 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Höhe von 100.000 € bei der Finanzstelle 6901-1202-6-0650, Neubau Brücke Escher See, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2020.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretung Chorweiler der Beschlussempfehlung uneingeschränkt zustimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3.2 Neubau einer Fuß- und Radwegbrücke über die Weinsbergstraße in Köln-Ehrenfeld Baubeschluss 0390/2020

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit dem Neubau einer Rad- und Fußwegbrücke über die Weinsbergstraße in Köln Ehrenfeld. Die Umsetzung erfolgt entsprechend des erweiterten Planungsbeschlusses vom 19.12.2017 (Vorlagen-Nr. 2266/2017) als Bogenbrücke. Die Gesamtkosten der Maßnahme betragen rund 882.000 € brutto.

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplans 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Höhe von 400.000 € bei der Finanzstelle 6901-1202-4-0210, Neubau Brücke Weinsbergstraße, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2020.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die BV Ehrenfeld der Vorlage uneingeschränkt zustimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3.3 Planungsbeschluss für eine dauerhafte Fuß- und Radwegrampe an der linksrheinischen nördlichen Seite der Hohenzollernbrücke am Rheinufer 0942/2020

SE Kissenbeck merkt an, dass die beigelegten Skizzen und Darstellungen nicht realisierbar erscheinen und kritisiert, dass die seiner Zeit beschlossene Anbindung an den Breslauer Platz einfach fallengelassen werde. Er hoffe sehr, dass die Machbarkeitsstudie dennoch zum Ergebnis kommen werde, dass eine adäquate Anbindung an die Radverkehrsinfrastruktur Breslauer Platz möglich sei.

Die RM Michel und Hammer schließen sich seitens der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diesen Ausführungen an und schlagen vor, die Vorlage zunächst in die BV Innenstadt zu verweisen und deren Votum abzuwarten.

RM Weisenstein stellt fest, dass über die erforderliche Anbindung des Breslauer Platz offensichtlich großer Konsens bestehe; die Vorlage hingegen gehe in eine andere Richtung, so dass er sich ggf. ein interfraktionelles Gespräch vorstellen könne.

SE Uckrow erinnert an die seinerzeitige Initiative der FDP-Fraktion, alternativ einen Aufzug zu planen und errichten. Unabhängig von der Feststellung, dass der Breslauer Platz angebunden werden müsse, möchte er noch darauf hinweisen, dass eine Rampe den freien und schönen Blick auf den Rhein behindere.

RM Pöttgen ist erstaunt, dass der Stadtentwicklungsausschuss in diesem sensiblen Bereich nicht eingebunden werde und beantragt, die Beratungsfolge noch zu erweitern.

RM Hammer schlägt vor, die Zeit bis zur Sondersitzung am 10.06. zu nutzen, um ggf. auch fraktionsübergreifend und mit der Bezirksvertretung Änderungswünsche zu diskutieren und zu formulieren. Eine Beschlussfassung sollte jedoch auf jeden Fall noch vor der Sommerpause erfolgen. Sofern der Stadtentwicklungsausschuss erst am 16.06. beraten werde, sei dies zu spät.

BG Blome macht deutlich, dass mit dem vorliegenden Beschluss zunächst lediglich ein Planungsbüro beauftragt werden soll. Ein Votum des Stadtentwicklungsausschusses halte sie in diesem frühen Stadium für nicht erforderlich; dieses werde selbstverständlich eingeholt, wenn die verschiedenen Alternativen ausgearbeitet seien. Dass die Anbindung des Breslauer Platzes nicht fallengelassen werden soll, diesen Wunsch könne sie nachvollziehen und vollumfänglich unterstützen. Sie erinnert jedoch an ihre Ausführungen zur provisorischen Rampe und den Umstand, dass die Deutsche Bahn AG in Kürze mit den Planungen zur Gleiserweiterung der S11 beginnen werde mit der Konsequenz, dass der ganze Bereich über einige Jahre in eine große Baustelleneinrichtungsfläche umgewandelt werde. Der komplette Bereich des Breslauer Platzes müsse sicherlich umgeplant werden; hierüber könne man sich jedoch erst zu gegebener Zeit verständigen. Dass eine Rampe nicht den Blick auf das Rheinufer verschandeln dürfe, sei natürlich auch aus Sicht der Verwaltung wichtig.

1. Beschluss (Mündlicher Antrag der SPD-Fraktion):

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung zusätzlich in den Stadtentwicklungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die SPD-Fraktion

2. Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die BV Innenstadt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3.4 64. Anordnung der Kostenspaltung 3632/2019

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt, dass für die nachstehend aufgeführten Erschließungsanlagen der Erschließungsbeitrag für die bezeichneten Teileinrichtungen in dem angegebenen Umfang selbstständig erhoben wird:

Kölnstraße
E

Fb, Ge, Ge/Ra, Pa, StrGr, StrB,

von Am Feldrain bis Seniorenweg

Köln-Sürth

Loorweg (einschließlich Stichwege Parz. 376 und 378) Fb, Ge, Pa (Hauptzug),
von Kreisverkehr Hauptstraße/Ranzeler Straße bis Mv (Stichwege), E, Bel
Haus Nr. 92 (Ende der Bebauung)

Köln-Zündorf

Lülsdorfer Straße/Sandbergstraße Fb, Ge, StrGr, StrB, E, Bel
von Rheinbergstraße/An der Mühle bis
Sandbergstr. 147 (Ende der Bebauung)

Köln-Langel

Die verwendeten Abkürzungen haben folgende Bedeutung:

Fb	Fahrbahn
Ge	Gehweg
Ge/Ra	kombinierter Geh-/Radweg
Pa	Parkflächen
Mv	Mischverkehrsfläche
E	Entwässerungseinrichtung
Bel	Beleuchtungseinrichtung
StrGr	Straßenbegleitgrün
StrB	Straßenbäume

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3.5 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Abwicklung des Touristenbusverkehrs in der Adventszeit 1247/2020

RM Pöttgen bedankt sich seitens der SPD-Fraktion für diese spannenden Planungen. Es sei durchaus einen Versuch wert, eine Busspur auf der Deutzer Brücke zu testen. Bedauerlicher Weise habe jedoch der schon lange in Aussicht gestellte Standort „Kuhweg“ auch in dieser Vorlage keine Rolle gespielt.

RM Michel schlägt vor, die Vorlage zunächst in die BV Innenstadt zu verweisen. Das Hauptziel, die Busse von der Komödienstraße bzw. Gereonstraße weg zu verlagern, werde nun mit dieser Vorlage angegangen. Die CDU-Fraktion würde jedoch gerne – obwohl es bereits eine Akteurskonferenz gegeben habe – auch die Sitzung des Beirats von KölnTourismus am 16.06.2020 abwarten, um anschließend eine verkehrliche Bewertung der Vorlage vornehmen zu können.

Seitens der FDP-Fraktion befürchtet SE Uckrow ein Verkehrschaos durch die Busspur auf der Deutzer Brücke. Zudem wisse man derzeit nicht, wie sich die Weihnachtsmärkte in diesem Jahr angesichts der Corona-Pandemie überhaupt gestalten werden und er schlage daher vor, den Wirtschaftsausschuss in die Beratungsfolge aufzunehmen.

RM Hammer weist darauf hin, dass ein Großteil der Quellverkehre aus Richtung Westen – Benelux-Länder und Frankreich – kämen und diese bei der vorgeschlagenen Lösung insgesamt viermal den Rhein queren müssten. Alternativ sollte überlegt wer-

den, ob nicht auch ein weiterer Standort im linksrheinischen Köln, an dem die Touristen aussteigen können, sinnvoller wäre; beispielsweise an der Tunisstraße im Bankenviertel, zwischen Gereonstraße und Komödienstraße.

BG Blome betont, dass die Verwaltung sich viele Gedanken gemacht habe und bewusst ein mehrstufiges Verfahren mit Akteurskonferenz – unter Beteiligung von Köln-Tourismus und Stadtmarketing - gewählt habe. Das vorgeschlagene Konzept sei ein Pilotprojekt und der P22 habe sich definitiv bewährt. Der Bereich Komödienstraße/Trankgasse werde demnächst zur größeren Baustelle, so dass dort keine Möglichkeiten bestünden. Der von Herr Pöttgen angesprochene Standort Kuhweg habe mit den Weihnachtsverkehren nichts zu tun und beschäftige sich ausschließlich mit den unterjährigen Touristenbusverkehren.

Abschließend macht sie deutlich, dass die Verwaltung dringend einen Beschluss noch vor der Sommerpause benötige. Der Wirtschaftsausschuss hingegen tage erst wieder am 16.06.2020.

1. Beschluss (Mündlicher Antrag der FDP-Fraktion):

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung zusätzlich in den Wirtschaftsausschuss.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion

2. Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die BV Innenstadt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

4.1 Bau eines zusätzlichen Busbetriebshofs Köln Ost der Kölner Verkehrsbetriebe AG (KVB) in Porz 3956/2019

Ausschussvorsitzender Wolter berichtet von einem Gespräch mit dem Bezirksbürgermeister aus Porz. Demzufolge befände sich die Bezirksvertretung in Gesprächen mit der KVB AG, so dass er sich dem Vorschlag von RM Götz anschliese, die Vorlage unter Vorbehalt zu beschließen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat – vorbehaltlich der Zustimmung der BV Porz - wie folgt zu beschließen:

Der Rat stimmt dem Standort für die Errichtung eines neuen Busbetriebshofs in Köln Porz, Kaiserstraße 127 zu.

Im Weiteren beauftragt der Rat die Verwaltung, zur Umsetzung der Ratsbeschlüsse vom 09.07.2019 zu den Vorlagen-Nr. 1215/2019 und 1103/2019 (Busnetz dauerhaft und Busnetz interim in 2019) zu veranlassen, dass die KVB den für die Unterstellung der benötigten zusätzlichen Fahrzeuge erforderlichen zusätzlichen Busbetriebshof Köln Ost realisiert. Die vom Rat bereits beschlossenen Busnetzerweiterungen sind Bestandteil des am 01.01.2020 in Kraft getretenen Öffentlichen Dienstleistungsauf-

trags (ÖDLA). Die für den Busbetriebshof Ost erforderlichen Aufwendungen sind über den ÖDLA ausgleichsfähig.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.2 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss für den Ersatzneubau der Brücke Am Tannenhof, Stadtbahnhaltestelle Michaelshoven in Köln-Rodenkirchen
0423/2020**

Ausschussvorsitzender Wolter merkt an, dass eine ebenerdige Querung zu bevorzugen sei; da es sich jedoch um eine HGK-Strecke handele, sei diese aus rechtlichen Gründen offensichtlich nicht möglich.

Frau Rode, Leiterin des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau, teilt mit, dass die Strecke vom Eisenbahnbundesamt gewidmet sei und bestätigt dies. Eine ebenerdige Querung wäre jedoch auch nicht zu empfehlen. In den Hauptverkehrszeiten wäre eine Schranke sehr häufig geschlossen, da auch die Linien 16 und 17 dort verkehren.

Auf Frage des RM Weisenstein sagt sie zudem zu, die Hinweise des Rechnungsprüfungsamtes im weiteren Planungsverfahren zu berücksichtigen.

RM Hammer spricht die Barrierefreiheit an und bittet um Prüfung, ob alternativ/zusätzlich zu den Aufzügen die Errichtung von Rampen möglich sei.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die BV Rodenkirchen uneingeschränkt zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat stellt den Bedarf fest, die Planungen für den Abbruch und Neubau der Brücke Am Tannenhof, Stadtbahnhaltestelle Michaelshoven durchzuführen. Die Planungskosten betragen rund 487.000 € brutto.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahmen der Objektplanung bis zur Ausschreibung (einschließlich LPH6 der HOAI) vorzubereiten.
3. Der Rat beschließt zur Finanzierung der o. g. Maßnahme die außerplanmäßige Bereitstellung und gleichzeitige Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 487.000 € im Teilfinanzplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei Finanzstelle 6901-1202-2-0640, Ersatzneubau Brücke am Tannenhof, im Haushaltsjahr 2020. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im o. g. Teilfinanzplan aus der Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 6901-1202-0-0310, Grunderneuerung der Mülheimer Brücke.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.3 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Erweiterung des Verkehrsmanagementsystems und Einrichtung von 80 Dauerzählstellen zur Erfassung von Verkehrsmengen sowie Beschluss zur Bereitstellung einer außerplanmäßigen investiven Auszahlungsermächtigung, hier: Finanzstelle 6400-1201-0-0011
0845/2020**

SE Kissenbeck erwähnt eingangs lobend, dass die Stadt Köln mittlerweile 25 Dauerzählstellen für den Radverkehr errichtet habe. Zur nun vorliegenden Verwaltungsvorlage möchte er daher noch die Fragen aufwerfen, wo die 80 Dauerzählstellen eingerichtet werden, wie viele davon auch den Radverkehr zählen können und welche Möglichkeiten bestehen, auch den Fußgängerverkehr zu zählen.

BG Blome führt aus, dass die Dauerzählstellen für den Kfz-Verkehr insbesondere zur Zeit der Verkehrswende von großer Bedeutung für die Verwaltung sei. Fußgängerverkehr werde in der Regel durch Kameras - anonymisiert ohne Gesichtserkennung – ausgewertet.

Frau Töpfer, stellv. Leiterin des Amtes für Verkehrsmanagement, teilt mit, dass die Standorte derzeit verwaltungsintern abgestimmt werden und ggf. bis zur Ratssitzung am 18.06.2020 nachgereicht werden können. Es sei vorgesehen, nicht nur den Kfz-Verkehr sondern darüber hinaus auch den Radverkehr zu erfassen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat stellt den Bedarf für die Einrichtung von 80 Dauerzählstellen als Grundlage für die Erhebung, Bereitstellung und Nutzung von Mobilitätsdaten zur Intensivierung des Verkehrsmanagements mit Kosten in Höhe von insgesamt 3.342.091 € (davon 1.933.133 € investiv und 1.408.960 € konsumtiv) fest und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme.
2. Der Rat beschließt im Haushaltsjahr 2020 die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Auszahlungsermächtigung gemäß § 83 GO NRW in Höhe von 300.000 € für die Einrichtung von Dauerzählstellen im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei Finanzstelle 6400-1201-0-0011, Erneuerung Dauerzählstellen, Teilplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im gleichen Teilfinanzplan und in der gleichen Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen im Rahmen der flexiblen Mittelbewirtschaftung.
3. Der Rat beschließt die Freigabe der außerplanmäßig bereitgestellten Mittel in Höhe von 300.000 € im Haushaltsjahr 2020

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.4 Erweiterter Planungsbeschluss für den Abriss und Ersatzneubau der Fuß- und Radwegbrücke Escher Str. 0451/2020

Auf Frage des SE Dr. Herrndorf teilt Frau Rode, Leiterin des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahn, mit, dass bei der Vorzugsvariante mit einer Breite von 6 m ein getrennter Fuß- und Radweg möglich sei.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretung Nippes uneingeschränkt zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

- 1) Der Rat beauftragt die Verwaltung die Planung der neuen Fuß- und Radweg-

brücke über die Äußere Kanalstraße als Blockträgerbrücke aus Holz mit 6,00 m Breite (Anlage 2) bis zur Ausschreibung (LPH 6 HOAI) weiterzuführen und die Finanzierung in Höhe von 500.000 € brutto sicherzustellen. Die Planung erfolgt entsprechend des bestehenden Planungsbeschlusses (Vorlagen Nr. 0336/2019).

- 2) Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplans 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Höhe von 500.000 € bei der Finanzstelle 6901-1202-5-0650, Neubau Brücke Escher Straße, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2020.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.5 Regionalplanüberarbeitung, Modul III– Empfehlungen zur Darstellung neuer Siedlungsbereiche (ASB und GIB) als Optionen zur Weiterentwicklung der wachsenden Stadt 2887/2019

4.5.1 Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion vom 11.05.2020 AN/0594/2020

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage 2887/2019 und den Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/0594/2020 ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.6 Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung 1056/2020

RM Pöttgen meldet seitens der SPD-Fraktion Beratungsbedarf an und zeigt sich irritiert, dass bei einem derart zentralen Thema der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales nicht in die Beratungsfolge mit einbezogen wurde.

Die Beschlussfassung wird auf Antrag der SPD-Fraktion einvernehmlich bis zur Sitzung am 10.06.2020 vertagt.

4.7 Fahrplanwechsel 2020 - Angebotsausweitungen im Stadtbahn- und Busnetz 0479/2020

SE Blömer-Frerker kündigt an, dass die BV Lindenthal der Vorlage nicht uneingeschränkt zustimmen werde, sondern vielmehr eine Aufnahme der Buslinien 136 oder 146 nachdrücklich anregen werde.

RM Pöttgen kündigt seitens der SPD-Fraktion Unterstützung für diesen Vorschlag an.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.8 Fahrplanwechsel 2020 - Taktverdichtungen an Samstagen im Stadtbahn- und Busnetz
0705/2020**

RM Roß-Belkner spricht die gemeindeübergreifenden Linien 16 und 18 an und bittet um Mitteilung, ob oder wann mit der Zustimmung der dortigen Gremien zu rechnen sei.

RM Pöttgen signalisiert seitens der SPD-Fraktion Zustimmung.

Zur Fragestellung von Frau Roß-Belkner teilt Frau Haaks, Vorstandsvorsitzende der KVB AG, mit, dass sich die KVB aktuell noch in Gesprächen zu den interlokalen Verkehren befinde. Sofern eine Finanzierung wider Erwarten nicht gesichert werden könne, können die Verkehre außerhalb von Köln auch nicht stattfinden.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.9 Aufbau eines On-Demand-Angebots im Rahmen eines Pilotprojekts als Ergänzung zum bestehenden ÖPNV-Angebot
1089/2020**

RM Michel möchte seitens der CDU-Fraktion diese Vorlage nicht aufhalten, da es sich hier um den ersten Durchgang handle. Dennoch möchte er zum Ausdruck bringen, dass seine Fraktion mit diesem Pilotprojekt nicht zufrieden sei. Es wäre wünschenswert gewesen, die Außenbereiche zu berücksichtigen und anzubinden.

RM Pöttgen verweist auf die Grundlage zu diesem Beschluss, den in 2017 beschlossenen Nahverkehrsplan der Stadt Köln und bittet auch um Mitteilung, nach welchen Kriterien die Verwaltung bzw. die KVB die nun vorgeschlagenen Gebiete ausgewählt habe.

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, bestätigt, dass der beschlossene Nahverkehrsplan bzw. die ergänzenden Beschlüsse zu diesem die Grundlage darstellen. In einer Voruntersuchung wurde ermittelt, in welchen Gebieten Erschließungslücken insbesondere für ältere Menschen liegen. Hieraus ergaben sich ca. 10 Gebiete, die der externe Gutachter im Anschluss detailliert weiter untersucht und konkretisiert hat. Im nächsten Schritt wurden die vier übrig gebliebenen Gebiete – zwei linksrheinisch und zwei rechtsrheinisch - in einem Verfahren, das Deutschland weit Anwendung findet, hinsichtlich ihrer Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur ausgewertet und analysiert. Dabei zeigte sich, dass man mit den vorhandenen Mitteln zwei Gebiete – Porz-Poll und Neu-Ehrenfeld-Weidenpech - gut abdecken könnte. In der Tat seien die zur Verfügung stehenden Mittel begrenzt und es handle sich hier zunächst um ein Pilotprojekt, in das die Gebiete mit dem höchsten Potenzial aufgenommen werden sollen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.10 Fortschreibung Förderkonzept „Lastenräder für Köln“ - Förderaufruf
2020/2021
1214/2020**

RM Weisenstein kündigt an, dass sich die Fraktion Die Linke enthalten werde. Finanzielle Mittel werden hier für eine Zielgruppe eingesetzt, die nicht darauf angewiesen sei, ihre Mobilität durch die öffentliche Hand finanzieren zu müssen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat stimmt der Fortentwicklung des Förderkonzeptes „Lastenräder für Köln“ zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung für die Jahre 2020 und 2021. Der Förderzeitraum startet erst nach Ablauf einer mindestens vierwöchigen Vorankündigungsfrist. Der Verkehrsausschuss wird regelmäßig von der Verwaltung über die Umsetzung des Förderkonzeptes informiert.
2. Der Rat beschließt die Freigabe der zur Umsetzung des Förderkonzeptes erforderlichen Auszahlungsermächtigung in Höhe von 500.000 € im Teilfinanzplan 1201 – Straßen, Wege, Plätze, in der Teilplanzeile 11 – Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen, bei der Finanzstelle 6601-1201-0-AZ01 – aRAP Lastenfahrräder für die Haushaltsjahr 2020 und 2021.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

5 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Offene Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

5.2 Neue Anfragen

**5.2.1 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
18.05.2020 betr.
Top 7.2.2 – NR 1081/2020 Änderungen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG)
AN/0623/2020**

**Beantwortung der Verwaltung
1562/2020**

Die Beantwortung wurde zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**5.2.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 20.05.2020 betr.
Verkehrschaos und Asbestängste - warum ist von der Oberbürgermeisterin und der Verwaltung nichts zur Leverkusener Brücke zu hören?
AN/0647/2020**

**Beantwortung der Verwaltung
1533/2020**

Die Beantwortung wurde zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

**6.1 Busspur Innere Kanalstraße
Hier: Anfrage der Ratsgruppe GUT (AN/0075/2020) aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 21.01.2020, TOP 5.2.2
0623/2020**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.2 Fortführung der Lastenförderung 2020
hier: Beantwortung einer Anfrage der Ratsgruppe GUT vom 28.04.2020,
TOP 5.2.2
1410/2020**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.3 Photovoltaikanlagen auf P+R-Parkanlagen
hier: Anfrage der FDP-Fraktion in der Sitzung des Verkehrsausschusses
am 28.04.2020, TOP 5.2.1
1333/2020**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Unterrichtung des Rates und des Fachausschusses über Kostenerhöhungen nach § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO

**7.1.1 Mehrkosten für die Generalsanierung des Tunnels Grenzstraße/Kalk
0358/2020**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.2 Sonstige Mitteilungen

7.2.1 Information zum Sachstand Lastenradförderung 2019 1202/2020

Die Mitteilung wurde zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.2.2 Änderungen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) 1081/2020

Die Mitteilung wurde zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.2.3 Klimaneutrales Köln - Entwicklung einer Strategie mit Zielsetzung und Maßnahmen; Bildung Klimarat und Projektgruppen 1291/2020

Die Mitteilung wurde zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.2.4 Mögliche Pläne zum Abriss oder zur Umgestaltung der Rodenkirchener Brücke hier: Beantwortung einer Anfrage aus der Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen am 23.03.2020, TOP 7.2.3 1261/2020

Die Mitteilung wurde zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.2.5 Gesamtinstandsetzung Mülheimer Brücke 1406/2020

RM Pöttgen bittet, die Mitteilung in die Tagesordnung der nächsten Sitzung erneut aufzunehmen. Er habe noch keine Gelegenheit gehabt, diesen sehr ausführlichen Sachstand zu lesen.

RM Weisenstein erinnert an die seinerzeitige Diskussion zur Radwegeführung auf der Mülheimer Brücke, d.h. zur Umfahrung bzw. Auskragung der Pylone. Die Verwaltung habe dies damals unter Hinweis auf statische Gründe verneint. Da sich nun offensichtlich ein weites Zeitfenster mit intensiveren statischen Untersuchungen öffne, bittet er – unter den neuen Gegebenheiten - um nochmalige Prüfung.

Ausschussvorsitzender Wolter wirft die Frage auf, ob alternativ zur Sanierung im laufenden Betrieb durch eine komplette Vollsperrung der Brücke Zeit und Kosten gespart werden könnten. Aus seiner Sicht sei dies durchaus eine Überlegung und Diskussion wert.

BG Blome räumt ein, dass sie diese Fragestellung nicht adhoc beantworten und auch nicht einfach mitnehmen könne; hierüber könne nur eine zu beauftragende Machbarkeitsstudie bzw. weitere vertiefende Planung Aufschluss geben.

**7.2.6 Verkehrsführungskonzept Altstadt;
hier: Sachstand zum Beschluss des Verkehrsausschusses vom
26.03.2019, TOP 3.2
1360/2020**

Die Mitteilung wurde zur Sitzung umgedruckt.

SE Dr. Herrndorf begrüßt die anstehenden Maßnahmen nachdrücklich. Er merkt jedoch an, dass die Kommunikation mit den Anwohnenden aus seiner Sicht etwas unglücklich gelaufen ist und im Wesentlichen auf den Wegfall der Parkplätze reduziert wurde. Er regt an, verstärkt die positiven Aspekte dieses Konzeptes öffentlichkeitswirksam hervorzuheben. Zudem bittet er um Mitteilung, wann und wo mit der Einrichtung der Fußgängerzonen zu rechnen sei.

BG Blome weist darauf hin, dass die Kommunikation auch auf die Steigerung der Aufenthaltsqualität abgestellt war; durch den Wegfall der Parkplätze werden die positiven Ergebnisse vor Ort sichtbar. Eine Fußgängerzone zu schaffen bedeute auch, den öffentlichen Raum von Hauskante zu Hauskante aufzuwerten und auch beidseitige Gehwege einzurichten. Jedoch müssen noch diverse Erreichbarkeiten dargestellt werden; zudem stünden in dem Bereich zunächst wichtige und größere Baumaßnahmen wie Wallraf-Richartz-Museum und Laurenz-Carrée an.

RM Pöttgen äußert Verständnis, erinnert allerdings an die Zusage der Verwaltung, einen Zeit-Maßnahmen-Plan vorzulegen.

**7.2.7 Umgestaltung Ihr. Uferpromenade von Deutzer Brücke bis Malakoffturm
hier: Verbreiterung Radweg Am Leystapel, Ratsbeschluss vom
09.07.2019, TOP 10.6
0518/2020**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Götz bittet, diese Mitteilung in die Tagesordnung der nächsten Sitzung am 10.06.2020 erneut aufzunehmen.

**7.2.8 ÖPNV Roadmap - aktueller Sachstand
0808/2020**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

Es wird gebeten, auch diese Mitteilung in die Tagesordnung der nächsten Sitzung am 10.06.2020 erneut aufzunehmen.

**7.2.9 Veränderte Prioritäten im Klimaschutz
0875/2020**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

Ausschussvorsitzender Wolter mahnt insbesondere im Hinblick auf den letzten Absatz der Mitteilung an, die gefassten Ratsbeschlüsse auch umzusetzen. Er erwarte weiterhin die Fortführung der Maßnahmen, die dem politischen Veränderungsnachweis zugesetzt wurden. Zudem müsse die Netzwerkarbeit mit anderen Kommunen – sowohl auf deutscher als auch auf europäischer Ebene – weitergeführt werden; es könne nicht sein, dass dies nun vernachlässigt werde.

7.2.10 Einsatz von Bodycams bei der KVB 1558/2020

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

8 Mündliche Anfragen

8.1 Parkplätze für Lastenräder Mündliche Anfrage des SE Kissenbeck

SE Kissenbeck bittet um Mitteilung, ob, wo und wann Parkplätze für Lastenräder eingerichtet werden.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, teilt mit, dass durch die neue Straßenverkehrsordnung die Einrichtung solcher Parkplätze nunmehr möglich sei. Die Verwaltung werde beispielsweise in Kürze an drei Stellen im Kolumbaviertel Parkplätze für Lastenräder einrichten.

8.2 Verkehrsmaßnahmen während der Corona-Pandemie Mündliche Anfrage des SE Dr. Herrndorf

SE Dr. Herrndorf bittet um Mitteilung, welche Verkehrsmaßnahmen der Krisenstab bzw. die Verwaltung bereits ergriffen habe, um Abstände bei den zu Fuß Gehenden oder Wartenden vor Geschäften zu ermöglichen. Außer der Sperrung der Ehrenstraße – samstags zwischen 10 und 20 Uhr – seien ihm keine weiteren Maßnahmen bekannt. In Frage käme aus seiner Sicht beispielsweise auch eine Sperrung von Ladezonen auf der Deutzer Freiheit und im Eigelstein-Viertel.

BG Blome sagt eine schriftliche Stellungnahme zu.

8.3 Tödlicher Unfall am Friesenplatz Mündliche Anfrage der SE Wienke

SE Wienke spricht den Unfall am Friesenplatz am 14. Mai an und regt an, einen Orts-termin durchzuführen, um sich über etwaige Maßnahmen und Veränderungen auszutauschen.

Nach kurzer Diskussion wird dieser Vorschlag nicht weiter verfolgt; BG Blome sagt vielmehr zu, dem Ausschuss zunächst den Bericht der Unfallkommission zukommen zu lassen.

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 16 Mündliche Anfragen**

gez. Andreas Wolter

gez. Angela Krause

BM Andreas Wolter
(Ausschussvorsitzender)

Angela Krause
(Schriftführerin)